ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2007: weiterhin starke Auftriebskräfte

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2007) : Deutschlandprognose 2007: weiterhin starke Auftriebskräfte, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 14, Iss. 1, pp. 29-36

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169805

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutschlandprognose 2007: Weiterhin starke Auftriebskräfte[1]

*Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Überblick

Die Weltwirtschaft hat im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate von gut 5 % erneut überdurchschnittlich expandiert. Dies liegt zum einen daran, dass die Trendwachstumsrate der Weltproduktion mit gut 4 % nunmehr um etwa einen Prozentpunkt höher ist als zu Beginn der neunziger Jahre. Maßgeblich hierfür ist vor allem die Integration schnell wachsender Schwellenländer wie China, Indien, Russland und Osteuropa in die Weltwirtschaft. Zum anderen befindet sich die Weltwirtschaft gegenwärtig im vierten Jahr eines globalen Konjunkturaufschwungs, bei dem sie deutlich kräftiger expandiert als die Trendwachstumsrate.

In den **USA** hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 2006 an Schwung verloren. Der Leitzins (Federal Funds Rate) liegt seit Ende Juni bei 5,25 %, die geldpolitischen Zügel sind insgesamt merklich straffer geworden. Auch in **Japan** hat die Konjunktur, nach kräftigem Aufschwung im Jahr 2005, an Fahrt eingebüßt; im dritten Quartal 2006 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion nur noch um 0,8 % (laufende Jahresrate). Die inländische Verwendung war bei deutlich sinkendem privatem Konsum rückläufig; dagegen nahm der Außenbeitrag bei lebhafter Exporttätigkeit merklich zu. In **China** hat sich die Expansion kräftig fortgesetzt, im dritten Quartal 2006 lag das reale Bruttoinlandsprodukt, getrieben von der außerordentlich dynamisch wachsenden Industrieproduktion, über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die **Europäische Währungsunion (EWU)** befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Die Auslandsnachfrage blieb bis zuletzt kräftig; hinzu kommt nunmehr aber, dass auch die inländische Verwendung spürbar zum Wirtschaftswachstum beigetragen hat: Das Preisklima hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2006 – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – bei wieder niedrigeren Rohölpreisen merklich entspannt. Die Teuerungsrate betrug im Durchschnitt des vergangenen Jahres 2,2 %.

In **Deutschland** hat sich der konjunkturelle Aufschwung 2006 fortgesetzt. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr um 2,5 %, das ist der stärkste Anstieg seit dem Boomjahr 2000. Nach Ausschaltung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen betrug das Tempo sogar 2,7 %.[2] Wachstumsimpulse kamen aus dem In- und Ausland. Anders als in den beiden zurückliegenden Jahren lieferte die inländische Verwendung diesmal jedoch den weitaus größeren Beitrag zum BIP-Wachstum (+1,7 Prozentpunkte) als der Außenbeitrag (+0,7 Prozentpunkte). In Ausrüstungen wurde nochmals deutlich mehr investiert als im Vorjahr (+7,3 %), und auch die Bauinvestitionen sind nach jahrelanger Schwächeperiode wieder merklich gestiegen (+3,6 %). Der private Konsum legte nach drei Stagnationsjahren um 0,6 % zu; der öffentliche Konsum sogar um 1,7 %. Der Außenhandel zeigte eine weiterhin hohe Dynamik: Die Wachstumsraten der Im- und Exporte haben sich im Vergleich zu 2005 fast verdoppelt; dabei sind die Exporte mit 12,4 % wiederum noch etwas stärker gestiegen als die Importe (+12,1 %).

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage im Gefolge der günstigen konjunkturellen Entwicklung merklich aufgehellt: Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Verlauf des vergangenen Jahres saisonbereinigt spürbar gestiegen; gegenüber 2005 ergab sich im Jahresdurchschnitt ein Plus von 0,7 %. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm erstmals wieder zu. In den fünf Jahren zuvor hatte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um insgesamt 1,65 Mill. verringert. Die Arbeitslosenzahl ist im Verlauf des Jahres 2006 merklich gesunken. Im Jahresdurchschnitt belief sie sich dem Ursprungswert nach auf 4,487 Mill.; das sind knapp 375.000 weniger als im Jahr 2005.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich 2006 im Gefolge nachgebender Rohölnotierungen wieder verlangsamt; im Jahresdurchschnitt lag die Inflationsrate bei 1,7 %.

Ausblick

Weltwirtschaft: Konjunkturelle Dynamik schwächt sich vorübergehend ab

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch vorübergehend etwas abschwächen. Die Geldpolitik wird neutral bis leicht expansiv ausgerichtet sein. Die Entwicklung in den einzelnen Regionen wird sich dabei annähern (vgl. Tab. 1).

* *Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hauptsitz des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung in München.*

In den **Vereinigten Staaten** wird das Bruttoinlandsprodukt zunächst verlangsamt – leicht unterhalb des Produktionspotenzials – steigen, ehe es sich erneut beschleunigt. Der Konsum dürfte sich trotz der Flaute am Immobilienmarkt weiterhin robust entwickeln. Die Investitionen werden nach einer vorübergehenden Abflachung zunehmend dynamisch expandieren. Der Anstieg der Produktion in **Japan** wird sich robust fortsetzen, dabei jedoch etwas verhaltener ausfallen. Im **Euroraum** wird das Bruttoinlandsprodukt merklich zunehmen. Der Konsum dürfte infolge der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt lebhaft steigen. Die Investitionen dürften etwas verlangsamt aber dennoch spürbar expandieren. Auch in den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung schwungvoll fortsetzen. In **China** wird das Bruttoinlandsprodukt beschleunigt expandieren; in den übrigen Ländern Ostasiens wird die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, solide bleiben, sich jedoch ebenfalls etwas verlangsamen.

Diese Prognose ist allerdings mit Risiken behaftet. Sie stützt sich auf die Erwartung, dass der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Vereinigten Staaten trotz der bremsenden Effekte seitens des Immobilienmarkts immer noch schwungvoll bleibt. Dennoch bestehen Unsicherheiten, da die Beziehung zwischen Konjunktur und Immobilienpreisen wechselseitig ist. So ist es denkbar, dass die Binnennachfrage wesentlich stärker von der Abkühlung der Immobilienpreisentwicklung beeinträchtigt wird, was zu einem größeren Einbruch am Immobilienmarkt führen könnte. Dies würde den Anstieg der Produktion in den Vereinigten Staaten erheblich dämpfen.

Zudem bleibt die Entwicklung des Ölpreises ungewiss. Auf der einen Seite könnte die Konjunktur besser laufen, wenn der Ölpreis längerfristig deutlich sinkt; auf der anderen Seite könnte sie sich jedoch auch merklich abflachen, wenn der Ölpreis längerfristig weiter steigt, insbesondere dann, wenn dies zu deutlich höheren Lohnsteigerungen und zu einer höheren Inflation führen würde. Die Geldpolitik würde dann einen restriktiven Kurs einschlagen, was deutlich bremsend wirkte.

Deutschland: Gesamtwirtschaftlicher Auslastungsgrad steigt

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahresende 2006 in einem kräftigen Aufschwung, der Anfang 2005 begonnen hat. Treibende Kraft des Booms ist weiterhin die Auslandsnachfrage, die trotz der kräftigen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar aufgrund der schwungvollen Weltkonjunktur erneut sehr kräftig zugelegt hat. Anders als im Jahr 2005 ist nunmehr aber auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen.

Im laufenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zunächst erheblich gedämpft; gleichwohl wird sich dann aber der

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Industrieländern

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
EU 27	40,9	1,7	2,9	2,4	2,6	2,2	2,2	2,2	1,9	8,7	7,9	7,6	7,3
Schweiz	1,2	1,9	2,8	2,0	1,8	1,2	1,4	1,6	1,5	3,8	3,5	3,6	3,6
Norwegen	0,7	2,3	2,7	2,4	2,3	1,5	2,2	2,1	2,2	4,6	3,6	3,3	3,4
West- u. Mitteleuropa	42,8	4,1	5,7	4,6	4,5	3,3	4,0	4,0	3,8	8.5	9,8	9,4	9,3
USA	39,3	3,2	3,4	2,8	3,1	3,4	3,2	2,7	2,7	5,1	4,7	4,8	4,8
Japan	14,7	1,9	2,1	2,0	2,,2	–0,3	0,3	0,5	0,7	4,4	4,2	4,0	3,8
Kanada	3,2	2,9	2,8	2,5	2,7	2,2	2,2	2,0	2,1	6,8	6,4	6,5	6,3
Industrieländer insg.[a]	**100,0**	**2,4**	**3,0**	**2,5**	**2,7**	**2,3**	**2,3**	**2,1**	**2,0**	**6,5**	**6,0**	**5,9**	**5,7**

a) Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-$.

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2006, 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem „klassischen" Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Winterhalbjahr 2004/05 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa vier Jahre an. Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im laufenden Jahr stark genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt. Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird deshalb recht kräftig bleiben. Auch das Arbeitsvolumen steigt weiter. Der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum dürfte zudem nicht so groß sein, dass es in der Jahresdurchschnittsbetrachtung zu einem absoluten Rückgang der Verbrauchsausgaben kommt. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung nämlich von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinkt deshalb das permanente Einkommen weniger als das laufende verfügbare Einkommen. Aus all diesen Gründen wird der private Konsum trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen mit 0,5 % leicht zunehmen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,9 % expandieren (vgl. Tab. 2), kalenderbereinigt um 2,0 %. Bei alledem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern. Die Inflationsrate dürfte mit jahresdurchschnittlich 2,3 % allerdings merklich höher sein als im vergangenen Jahr.

Im Jahr 2008 dürfte der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad weiter zunehmen, die konjunkturelle Dynamik wird dabei im Jahresverlauf aber etwas schwächer werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 2,3 % zunehmen, kalenderbereinigt sind das etwa 2 %.

Exportmotor mit hoher Drehzahl

Im Jahr 2006 war die Ausfuhrtätigkeit außerordentlich dynamisch; im Jahresergebnis stiegen die Exporte um 12,4 % Die Ausfuhr wurde durch die weltweit robuste Nachfrage nach deutschen Exportgütern und die enorme Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen beflügelt; dies gilt insbesondere für die Lieferungen in die europäischen Nachbarstaaten. Für das laufende Jahr wird mit einem weiterhin regen Exportgeschäft gerechnet. Die konjunkturellen Aussichten für den Euroraum und die anderen EU-Länder, die den weitaus größten Auslandsmarkt für deutsche Produkte stellen, sind weiter gut. Auch für den asiatischen Raum wird von einem robusten Wirtschaftswachstum ausgegangen. Lediglich die leichte Abkühlung der US-Konjunktur und daraus resultierende Drittmarkteffekte werden die Exportdynamik etwas abbremsen. Insgesamt dürften die Exporte im Jahresdurchschnitt 2007 um 7,1 % steigen. Auch im Jahr 2008 dürfte die Expansion kräftig bleiben (+7,8 %).

Die Einfuhr nahm im Jahr 2006 ebenfalls kräftig zu (+12,1 %). Aufgrund der intraindustriellen Verflechtung erhöhte sich insbesondere der Import von Vorleistungs- und Investitionsgütern. Im Jahr 2007 werden sich die vorübergehend dämpfenden Effekte der Fiskalpolitik und die etwas geringere Exportdynamik auf die Einfuhr auswirken. Es wird jedoch weiterhin von einer in der Grundtendenz intakten Binnenkonjunktur ausgegangen. Alles in allem werden die Importe im Jahr 2007 durchschnittlich um 6,9 % zunehmen. Im Jahr 2008 wird die Einfuhr um knapp 8 % steigen, da sowohl die Exporte als auch die inländische Verwendung leicht beschleunigt expandieren

Box: Annahmen der Prognose

Der Welthandel steigt im Jahr 2007 um 7 ½ % und im Jahr 2008 um 8 %, nach 8 ½ % im laufenden Jahr.

Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum rund 60 US-$ pro Barrel betragen.

Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2007 und 2008 bei 1,30 US-$ je €, im Jahr 2006 hatte er 1,26 betragen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt die Leitzinsen im Prognosezeitraum unverändert. Die Kapitalmarktzinsen ziehen nur wenig an.

Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Monatsbasis im nächsten Jahr um knapp 2 % und im übernächsten um 2 ½ %, nach reichlich 1 % in diesem Jahr.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet.

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2004	2005	2006	2007[1]	2008[1]
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a]				
Private Konsumausgaben	0,1	0,1	0,6	0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	–1,3	0,6	1,7	0,6	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	–0,4	0,8	5,3	3,8	4,6
Ausrüstungen	4,2	6,1	7,3	6,8	8,0
Bauten	–3,8	–3,6	3,6	1,3	1,9
Sonstige Anlagen	1,2	4,7	5,9	4,2	4,0
Inländische Verwendung	0,0	0,5	1,8	1,5	2,0
Exporte	9,6	6,9	12,4	7,1	7,8
Importe	6,9	6,5	12,1	6,9	7,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,2	0,9	2,5	1,9	2,3
Erwerbstätige[b] (1.000 Personen)	38.875	38.823	39.081	39.375	39.565
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.381	4.861	4.487	4.118	3.968
Arbeitslosenquote[c] (in %)	10,1	11,2	10,3	9,5	9,1
Verbraucherpreise[d] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,0	1,7	2,3	1,5
Finanzierungssaldo des Staates[e]					
– in Mrd. EUR	–82,5	–72,6	–46,5	–30,2	–26,3
– in % des Bruttoinlandsprodukts	–3,7	–3,2	–2,0	–1,3	–1,1
nachrichtlich:					
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum[f] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,4	2,7	2,2	2.4
Verbraucherpreisindex im Euroraum[g] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,2	2,2	2,1	1,8

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2000=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Angabe für 2006: Schätzungen des ifo Instituts. – g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2007 und 2008: Prognose des ifo Instituts.

werden. Die Terms of Trade haben sich im Jahr 2006 deutlich verschlechtert, im laufenden Jahr 2007 dürften sie sich leicht verbessern.

Aufschwung bei Ausrüstungsgütern hält an

Der seit dem Jahr 2004 zu beobachtende Aufschwung der Ausrüstungsinvestitionen hat sich im vergangenen Jahr verstärkt fortgesetzt. Die deutlich steigende Auslastung des Kapitalstocks erzeugte einen Erweiterungsbedarf, der der Investitionstätigkeit zusätzlichen Schub verlieh. Auch die seit Anfang des Jahres 2006 geltende Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter, die einer Absenkung der Kapitalnutzungskosten gleichkommt, begünstigte das Investitionsklima.

Im laufenden Jahr blieben die Perspektiven für die Investitionskonjunktur gut. Zwar haben sich die Finanzierungsbedingungen nach den jüngsten Leitzinserhöhungen marginal verschlechtert, aber dank der guten Gewinnlage verfügen die Unternehmen über weiten Spielraum für die Finanzierung neuer Projekte. Vor allem wird die Auslastung des Kapitalstocks bei dem prognostizierten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts weiter steigen und damit dem gegenwärtigen Investitionsaufschwung eine sich selbst tragende Dynamik verleihen, die bis in das Jahr 2008 hinein tragen dürfte. Die Länge eines Investitionszyklus belief sich in Deutschland bisher auf durchschnittlich acht bis neun Jahre, mehrere Jahre mit kräftigen Zuwächsen, in denen die Kapazitäten an das mittelfristig erwartete Wachstum angepasst werden, markierten jeweils den Höhepunkt der Investitionskonjunktur. Nach einem Anstieg um 6,8 % im Jahr 2007 kann für 2008 ein kräftiger Zuwachs um 8 % erwartet werden

Die sonstigen Anlagen werden bei fortbestehendem Aktualisierungs- und Modernisierungsbedarf im Softwarebereich in diesem und im nächsten Jahr um jeweils etwa 4 % zunehmen.

Bauinvestitionen steigen

Die Aufwärtsbewegung der Bauwirtschaft, die sich nach langjähriger Talfahrt im Jahr 2005 herausgebildet hatte, setzte sich im Verlauf von 2006 fort. Die Nachfrage nach **Wirtschaftsbauten** hat im vergangenen Jahr merklich angezogen; seit Mitte 2005 haben die Genehmigungen im gewerblichen Hochbau stetig zugenommen. Der Zuwachs betraf vor allem Betriebsgebäude, während die Genehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude leicht zurückgingen. Die Nachfrageentwicklung deutet darauf hin, dass der Anstieg der Wirtschaftsbauinvestitionen nicht nur vorübergehender Natur sein dürfte. Verglichen mit den Ausrüstungsinvestitionen folgt der Wirtschaftsbau aufgrund der Lebensdauer der Bauten einem erheblich längeren Zyklus, bei dem Auf- und Abschwung jeweils etwa zehn Jahre dauern. Sein letzter konjunktureller Höhepunkt lag 1995, der allgemeine Konjunkturaufschwung von 2000 hat nur geringe Spuren beim Wirtschaftsbau hinterlassen. Nach zehn Jahren Abschwung ist nun der Angebotsüberhang bei Gewerbeimmobilien weitgehend abgebaut und der untere Wendepunkt durchschritten. Für das laufende Jahr ist mit einem Zuwachs des Wirtschaftsbaus um 4,6 % und für das nächste Jahr um 3 % zu rechnen.

Der **Wohnungsbau** stand im vergangenen Jahr in erheblichem Maß unter dem Einfluss von Sonderfaktoren. Hierzu zählten die endgültige Abschaffung der Eigenheimzulage, die in Form vorgezogener und noch abzuarbeitender Bauanträge nachwirkt, sowie die zum Jahreswechsel 2007 avisierte Erhöhung der Mehrwertsteuer, die eine rasche Realisierung bereits geplanter Projekte nahe legte. Die in das Jahr 2006 vorgezogenen Investitionen werden jedoch in diesem Jahr fehlen, weshalb mit einem leichten Rückgang des Wohnungsbauvolumens um 0,5 % zu rechnen ist. Das muss jedoch nicht der Beginn eines neuen Abschwungs sein. Fundamentale Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau wie Bevölkerung und Realeinkommen pro Kopf stagnieren zwar oder steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur mäßig, aber in Wachstumsregionen und in bestimmten Einkommenskategorien ist Kaufkraft für zusätzliche Wohnungsnachfrage vorhanden. Rund die Hälfte aller Wohnungsbauinvestitionen betreffen gegenwärtig Investitionen in den Bestand, wo z. B. im Licht der anhaltenden Verteuerung von Energie Wärmedämmung und Modernisierung von Heizungsanlagen immer wichtiger werden. Solche Investitionen werden zudem durch günstige Kredite der KfW-Bankengruppe gefördert. Für das kommende Jahr wird deshalb wieder ein leichter Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 1,5 % prognostiziert.

Bei den **öffentlichen Bauinvestitionen** ist im Prognosezeitraum eine weitere Zunahme zu erwarten, da die Kommunen auf Grund der Verbesserung ihrer Finanzlage mehr Bauvorhaben verwirklichen können. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen insgesamt im laufenden Jahr um 1,3 % steigen und im Jahr 2008 um fast 2 %.

Privater Konsum bleibt im Plus

Der private Konsum ist im Jahr 2006 zum ersten Mal seit 2001 wieder merklich gestiegen. Maßgeblich hierfür war der leichte Anstieg der real verfügbaren Einkommen.

Dies lag jedoch allein am konjunkturell bedingt kräftigen Zuwachs der Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen. Dagegen sind die Nettoarbeitseinkommen trotz steigendem Arbeitsvolumen real merklich gesunken. Das gleiche gilt für die realen monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte. Da der Verbrauchszuwachs etwas größer war als der Einkommenszuwachs, ist die Sparquote leicht gesunken.

Seit Jahresanfang 2007 wird das Realeinkommen der privaten Haushalte durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und weiterer Maßnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushalts gedrückt. Zwar werden die Bruttolöhne und -gehälter bei weiter steigender Beschäftigung und höheren Tarifabschlüssen mit 2,5 % kräftiger zunehmen als zuvor. Die Nettolöhne und -gehälter werden aufgrund der geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen sogar um 3,2 % zulegen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes rückläufig sein (–0,4 %). Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,6 % steigen. Real ergibt sich freilich nur ein geringes Plus, weil die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungsteuer um 3 Prozentpunkte, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibetrags, die Reduzierung der Entfernungspauschale, die Einschränkung von Leistungen für Familien mit älteren Kindern und die Einführung einer „Reichensteuer“ geschmälert wird. Insgesamt werden die realen privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 bei nochmals leicht sinkender Sparquote um 0,5 % steigen. Im Jahr 2008 dürfte sich der Anstieg des realen Konsums bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau, konjunkturell wohl noch etwas höheren tariflichen Abschlusssätzen und unveränderter Sparquote auf 1,5 % belaufen.

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurde im Jahr 2006 von der Entwicklung der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. In der ersten Jahreshälfte hatte sich die Inflationsrate im Gefolge des Höhenflugs der Rohölnotierungen um die 2-Prozentmarke bewegt; im September erreichte sie – der Ölpreis war inzwischen wieder auf unter 60 US-$ je Barrel gefallen – mit 1,0 % ihren Jahrestiefstand. Alles in allem hat sich die Lebenshaltung im Jahr 2006 um 1,7 % und damit etwas weniger kräftig als 2005 verteuert.

Im Januar 2007 wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben. Davon betroffen sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 53 % der privaten Verbrauchsausgaben. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte würde also bei vollständiger Überwälzung die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt c. p. um knapp $1^1/_2$ Prozentpunkte steigen lassen. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze aus. Eine Ermäßigung der Lohnnebenkosten schlägt sich nicht unmittelbar im Verbraucherpreisindex nieder. Es könnten aber hierdurch allgemein die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen sinken; hier wird mit einer Reduktion um $^1/_2$ Prozentpunkte gerechnet. Per saldo dürfte das Verbraucherpreisniveau unter Hinzurechnung der übrigen fiskalischen Maßnahmen (wie der Anhebung der Versicherungsteuer um ebenfalls 3 Prozentpunkte) um rund 1 % angehoben werden. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,3 % steigen. Im Jahr 2008 ist – nach dem Durchwirken des mehrwertsteuerbedingten Preisschubs – mit einer Inflationsrate um $1^1/_2$ % zu rechnen.

Konjunktureller Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hält an

Auch auf dem Arbeitsmarkt hat die konjunkturelle Wende stattgefunden; die Beschäftigung ist merklich gestiegen. Die Zunahme der Beschäftigung wird sich 2007 fortsetzen. In den ersten Monaten des Jahres wird der Beschäftigungsaufbau aber infolge der restriktiven Maßnahmen der Finanzpolitik jedoch vorübergehend etwas an Schwung verlieren. Danach bleiben die Zuwächse insbesondere bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung jedoch stabil. Auch werden keine Minijobs mehr abgebaut und der Rückgang bei der Förderung der Selbständigkeit kommt zum Stillstand. Alles in allem ist der Zuwachs auf 0,8 % zu veranschlagen. Im nächsten Jahr werden die Beschäftigungsaussichten positiv bleiben. Die Dynamik bei den Neueinstellungen dürfte jedoch allmählich nachlassen; im Jahresdurchschnitt 2008 wird die Erwerbstätigenzahl um 0,5 % steigen.

Der konjunkturelle Aufschwung hat im Verlauf des Jahres 2006 auch zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Diese Tendenz wird sich im laufenden Jahr mit etwas verringertem Tempo fortsetzen. Auch im Jahr 2008 dürfte die weiter steigende Kapazitätsauslastung ausreichen, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2007 rund 4,12 Mill. betragen, im Jahresdurchschnitt 2008 rund 3,97 Mill.

Im Zuge der Ausweitung der Beschäftigung ist auch das Arbeitsvolumen merklich gestiegen. Im ersten Quartal des Jahres 2007 dürfte sich bei den geleisteten

Arbeitsstunden der fiskalisch induzierte Nachfrageausfall bemerkbar machen; im Jahresdurchschnitt wird sich indes eine weitere Zunahme ergeben (+0,6 %). Im Jahr 2008 wird die wirtschaftliche Expansion nur noch leicht über der Beschäftigungsschwelle liegen; die von den Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden dürften um 0,4 % zunehmen.

Deutliche Verminderung des staatlichen Finanzierungsdefizits

Im Jahr 2006 belief sich das Finanzierungsdefizit des Staates auf 46,5 Mrd. € oder 2,0 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Damit hielt Deutschland erstmals seit 2001 wieder die 3-Prozent-Obergrenze des Maastricht-Vertrages ein. Im Jahr 2005 hatte das Budgetdefizit noch 72,6 Mrd. € bzw. 3,2 % (in Relation zum BIP) betragen.

In diesem Jahr wird der Einnahmenzuwachs des Staates mit 2 % spürbar geringer ausfallen als im abgelaufenen Jahr. Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen (+4,6 % in Abgrenzung der VGR) ist größtenteils auf die Steuererhöhungen und zudem den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen zurückzuführen. Den stärksten Zuwachs haben hierbei die Produktions- und Importabgaben zu verzeichnen (+8,7 %). Die Einnahmen aus den Einkommen- und Vermögensteuern bleiben hingegen mit einem Zuwachs von 0,1 % weitgehend konstant. Die im Januar 2007 in Kraft getretene Erhöhung des Mehrwertsteuernormalsatzes um 3 Prozentpunkte von 16 % auf 19 % hat den größten Effekt auf die Produktions- und Importabgaben. Es wird geschätzt, dass dem Staat im nächsten Jahr bei der Umsatzsteuer Mehreinnahmen von rund 23 Mrd. € (+16 %; Kassenstatistik) zufließen werden. Des Weiteren schlägt auch die Erhöhung der Versicherungsteuer zu Buche. Deren Steuersatz wurde im Januar 2007 von 16 % auf 19 % angehoben, was einen Zuwachs der Einnahmen von knapp 1,9 Mrd. € verspricht.

Der Anstieg der Einkommen- und Vermögensteuern dürfte zum Großteil durch steuerrechtliche Änderungen gebremst werden. Günstigere Abschreibungsbedingungen für die Jahre 2006 und auch 2007 führen in 2007 zu einem Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens von gut 4 Mrd. €. Dagegen resultiert aus dem Abbau von Steuervergünstigungen ein erneuter Zuwachs bei der veranlagten Einkommensteuer. Hinzu kommt ein Plus bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer (+5 %). Hierfür ist zum Teil die ab Januar 2007 geltende Kürzung der Entfernungspauschale ausschlaggebend. Darüber hinaus wird die Lohnsumme in diesem Jahr aufgrund steigender Löhne und höherer Beschäftigung etwas rascher zunehmen und sich somit ebenso positiv auf das Lohnsteueraufkommen auswirken.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden spürbar sinken (–1,5 %). Ausschlaggebend dafür ist die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 %. Dies führt zu Mindereinnahmen von reichlich 17 Mrd. €. Den Beitragsausfall soll die Bundesagentur für Arbeit zur Hälfte durch eigene Einsparungen finanzieren, für die andere Hälfte bekommt sie eine Leistung vom Bund, die einem Prozentpunkt der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen entsprechen soll (2007: 6,47 Mrd. €).

Mit steigenden Beitragssätzen ist hingegen in der Rentenversicherung (+0,4 Prozentpunkte) und in der Krankenversicherung (im Durchschnitt +0,6 Prozentpunkte) zu rechnen. Letztere sind zum Teil der Tatsache geschuldet, dass der Bundeszuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung abgesenkt wurde (insgesamt um 1,7 Mrd. €), außerdem müssen die Kassen im Vorfeld der Einführung des Gesundheitsfonds noch vorhandene Schulden abbauen. Hinzu kommt, dass die Mehrwertsteuererhöhung spürbare Zusatzkosten verursacht. Saldiert sinkt der gesamte Sozialversicherungsbeitragssatz also um 1,3 Prozentpunkte, was für sich genommen zu Mindereinnahmen von etwa 9 Mrd. € führt. Andererseits steigt die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um 2,5 % und auch für Mini- und Midijobs sowie für Sonn- und Feiertagszuschläge fallen höhere Beiträge an. Gegenzurechnen ist allerdings, dass der Staat sich bei den Sozialversicherungsbeiträgen für Empfänger von Arbeitslosengeld um reichlich 3 Mrd. € (davon etwa 1 Mrd. € beim Arbeitslosengeld I wegen sinkender Zahl an Leistungsempfängern, gut 2 Mrd. € beim Arbeitslosengeld II wegen einer Gesetzesänderung) entlastet.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2007 mit 0,8 % erneut langsamer als die Einnahmen steigen. Grundlage der Schätzung sind die bisher beschlossenen Maßnahmen, zusätzliche Ausgabenprogramme oder Ausweitungen von Leistungsgesetzen, wie sie bis zuletzt verschiedentlich ins Gespräch gebracht wurden, wurden nicht berücksichtigt.

Die monetären Sozialleistungen (mit reichlich 40 % Anteil an den gesamten Ausgaben der mit Abstand größte Posten) werden sogar leicht sinken; ausschlaggebend hierfür sind die rückläufigen Beitragszahlungen des Staates für Empfänger von Arbeitslosengeld. Außerdem dürfte es erneut keine Rentenanpassung geben, sodass hier wieder nur die steigende Anzahl an Rentenempfängern für höhere Ausgaben sorgt. Durch die Einführung des Elterngelds fallen zusätzliche Ausgaben von etwa 1 Mrd. € an. Rückläufig werden 2007 auch die gezahlten Arbeitnehmerentgelte (weil die Beschäftigung im öffentlichen Dienst weiter sinkt und auch der Staat als Arbeit-

geber von den niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen profitiert) und die geleisteten Vermögenstransfers sein (wegen des sukzessiven Wegfalls der Eigenheimzulage).

Einen spürbaren Anstieg dürfte es bei den sozialen Sachleistungen geben, weil die Ausgabendynamik bei der Gesetzlichen Krankenversicherung wohl anhält und sich hier zusätzlich der höhere Mehrwertsteuersatz bemerkbar machen wird. Auch die Zinsausgaben und die Investitionen werden deutlich steigen sowie die sonstigen laufenden Transfers. Damit zeichnet sich für 2007 eine weitere Verminderung des Finanzierungsdefizits auf 30 Mrd. € ab, das entspricht 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Finanzlage des Staates dürfte sich im Jahr 2008 weiter entspannen. Ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um reichlich 2 % würde für sich genommen zu einem Rückgang des Finanzierungsdefizits um etwa 0,5 Prozentpunkte (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) führen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in diesem Jahr größere Reformvorhaben in Kraft treten sollen, nämlich die Unternehmensteuerreform und die Gesundheitsreform, deren konkrete Ausgestaltung und finanzielle Auswirkungen noch nicht klar abzuschätzen sind. Außerdem wird es wieder spürbare Entgeltanhebungen im öffentlichen Dienst geben. Deshalb dürfte sich der Finanzierungssaldo nur um etwa 0,2 Prozentpunkte auf 1,1 % des Bruttoinlandsprodukts verbessern.

[1] *Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2006, vgl. G. Flaig, W Nierhaus, I. Becker, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, J. Mayr, W. Meister, D. Ulbricht, M. Ruschinski und T. Wollmershäuser: ifo Konjunkturprognose 2007: Konjunkturelle Auftriebskräfte bleiben stark, in: ifo Schnelldienst, 24/2006, S. 17–57.*

[2] *Nach dem in Deutschland üblicherweise verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2006 im Vergleich zu 2005 ein negativer Impuls auf das reale BIP von 0,2 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der Kalendereinfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).*